



## SP60+: Regionalgruppe beider Basel

Über das jüngste und zugleich älteste «Kind» der SP Schweiz, die SP60+, ist im «links» schon berichtet worden. Diese Unterorganisation der SP, die 2012 gegründet wurde, hat das Potenzial, viele brachliegende Kräfte von Senioren und Seniorinnen zu mobilisieren. Wie sich schon an den wenigen nationalen Veranstaltungen und Sitzungen zeigte, haben Leute über 60 oft genügend Zeit, eine gewisse Distanz zu den Sachzwängen der Alltags und generell eine grössere Unabhängigkeit, die es ihnen erlaubt, ihre grosse Erfahrung in der Politik und im Leben für politische Arbeit einzusetzen, ohne ständig Rücksichten nehmen zu müssen. SP60+ gibt damit älteren Mitgliedern die Chance, sich einerseits gezielter in wichtigen Themen der Alterspolitik zu engagieren und auszutauschen, andererseits die Politik der SP mit einer gewissen Abgeklärtheit, aber sicher auch einer Prise Radikalität zu unterstützen.

Während die SP60+ auf nationaler Ebene schon klare Strukturen aufweist, ist die Basis erst daran, sich in regionalen Gruppen zu organisieren. In der Region Basel entsteht als Novum eine Gruppe 60+, die den beiden Kantonalparteien von Basel-Stadt und Basel-Landschaft zugeordnet ist. Eine erste Veranstaltung ist im Herbst dieses Jahres geplant zum Thema «Palliativ-Pflege und Palliativ-Medizin». Für diese Veranstaltung werden alle Interessierten beider Basel kontaktiert und eingeladen werden.

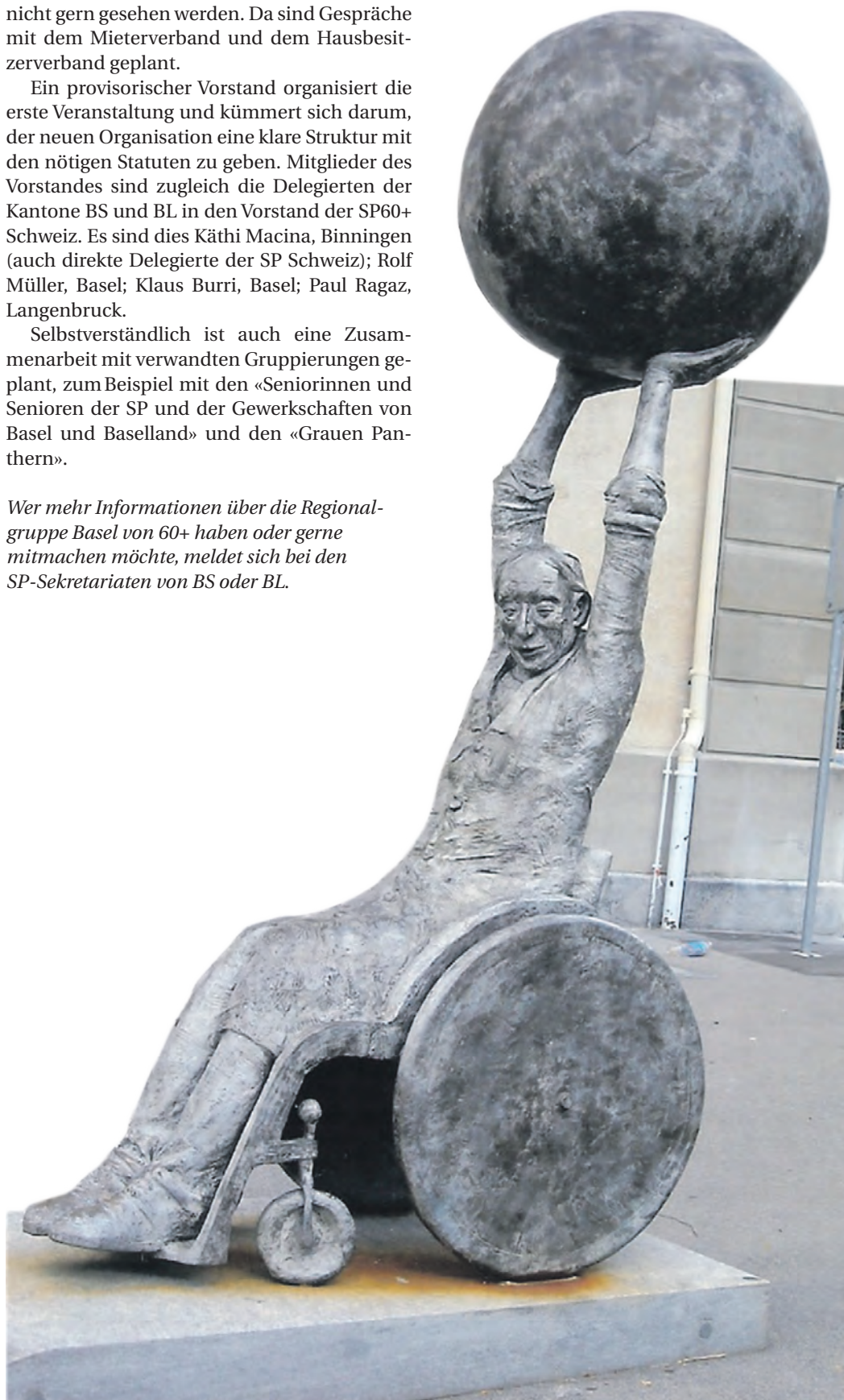
Ein wichtiges Thema auf der Agenda ist das Problem, dass ältere Menschen oft Mühe haben, eine Wohnung zu finden und als Mieter

nicht gern gesehen werden. Da sind Gespräche mit dem Mieterverband und dem Hausbesitzerverband geplant.

Ein provisorischer Vorstand organisiert die erste Veranstaltung und kümmert sich darum, der neuen Organisation eine klare Struktur mit den nötigen Statuten zu geben. Mitglieder des Vorstandes sind zugleich die Delegierten der Kantone BS und BL in den Vorstand der SP60+ Schweiz. Es sind dies Käthi Macina, Binningen (auch direkte Delegierte der SP Schweiz); Rolf Müller, Basel; Klaus Burri, Basel; Paul Ragaz, Langenbruck.

Selbstverständlich ist auch eine Zusammenarbeit mit verwandten Gruppierungen geplant, zum Beispiel mit den «Seniorinnen und Senioren der SP und der Gewerkschaften von Basel und Baselland» und den «Grauen Panther».

*Wer mehr Informationen über die Regionalgruppe Basel von 60+ haben oder gerne mitmachen möchte, meldet sich bei den SP-Sekretariaten von BS oder BL.*



### PAROLEN

#### EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

- Volksinitiative «JA zur Aufhebung der Wehrpflicht»: **JA**
- Epidemiengesetz: **JA**
- Öffnungszeiten Tankstellenshops: **NEIN**

#### KANTON BASEL-STADT

- CentralParkBasel: **STIMMFREIGABE**
- Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle, mit Gegenvorschlag: **2x JA**  
**Stichfrage für den Gegenvorschlag**
- Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle: **JA**

#### KANTON BASELSTADT

- Sanierung der Baselbieter Pensionskasse: **JA**

100 JAHRE SP BL

# Von Herzog bis Sommaruga – von Levrat bis de Schepper

**Irgendwie magisch ist sie, die 100-Jahre-Marke, die wir erreichen: Seit 1913 hat sich die SP Baselland zu der grossen, lebendigen Partei entwickelt, die sie heute ist. Das feiern wir gebührend!**

### Im kleineren Rahmen

Das Jubiläumsfest vom 21. September ist in zwei Teile gegliedert: Die angemeldeten Mitglieder und geladenen Gäste treffen sich kurz nach dem Mittag im Muttener Freidorf zu einem Input über genossenschaftliches Bauen. Danach disloziert die Gruppe ins nahe gelegene Coop Bildungszentrum. Der Festakt dort wird von verschiedenen spannenden RednerInnen geprägt: Die Basler Regierungsrätin Eva

Herzog spricht, als weiteren Gast empfangen wir den Präsidenten der SP Schweiz, Christian Levrat, und abgerundet wird dieser Teil vom Journalisten und Theologen Werner de Schepper – heute Chefredaktor bei Tele Bärn (er ersetzt den angekündigten Alex Capus, welcher wegen einer Terminkollision absagen musste). Wir freuen uns auch auf die Präsentation einer Festschrift und die musikalischen Einlagen von Judy Birdland.

### Das Jubiläumsgeschenk an alle

Ab 17 Uhr ist die Feier öffentlich. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hält eine Rede, und die SP Baselland schenkt der Region ein Konzert von Schwellheim! In und um Basel gilt die Band schon längst als Live-Forma-

tion erster Güte. Die Grooves sind lockerleicht, die Beats ultraknackig. Schwellheim schütteln wohlige Hooklines aus dem Ärmel. Und das im Dauertakt. Der Eintritt ist gratis! Für hungrige Bäuche und durstige Kehlen gibt es feine Verpflegungsmöglichkeiten vor Ort. Wir bitten alle, mit dem öV anzureisen. Das Coop Bildungszentrum liegt nur knappe zwei Fussminuten von der 14er-Tramhaltestelle «Freidorf» entfernt.

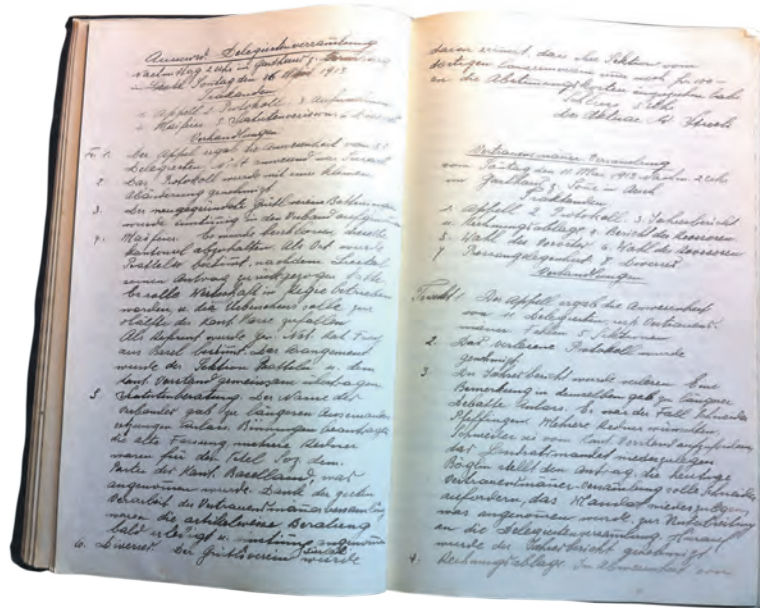
**Lisa Mathys**  
ist politische Sekretärin  
bei der SP Baselland



## 100 Jahre Entfaltung und Vielfalt

Die Wurzeln der Sozialdemokratie im Baselbiet sind vielfältig. Einige gehen zurück auf die Anfänge der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, als an verschiedenen Orten sich Arbeiter und Handwerker in Grütlivereinen zusammaten. Andere führen zur demokratischen Bewegung der 1860er-Jahre oder der Abhaltung eines Kongresses der 1. Arbeiterinternationale in Basel 1868, als in unserer Region verschiedene Arbeitervereine gegründet wurden. Wiederum andere führen zum Arbeiter- und Bauernbund, der 1892 im Baselbiet gegründet worden war. Woher auch immer diese Strömungen kamen und wie auch immer sie hiessen: Seit 100 Jahren traten und treten sie als Sozialdemokratische Partei Basel-land auf.

Dieses runde Jubiläum nehmen wir am 21. September 2013 zum Anlass, dieser Geschichte zu gedenken. Es ist eine Geschichte, in der die SP BL als gestaltende Kraft die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Kantons mitbestimmt hat. Spätestens seit im Jahr 1925 Jakob Mosimann als erster Sozi-



Gründungsprotokoll der SP Baselland, 16. April 1913

aldemokrat in die Baselbieter Regierung eingezogen ist. Aber nicht nur in der Kantonsregierung hat die Sozialdemokratie soziale und politische Verantwortung übernommen. Auch in zahlreichen Gemeinderäten, im Landrat und in unzähligen Kommissionen und Schulräten. Auch der mit der Sozialdemokratie eng verbundene Genossenschaftsgedanke – verkörpert im ersten SP-Nationalrat und

Genossenschaftspionier Stephan Gschwind – hat im Baselbiet eine prägende Rolle gespielt, von den Consumvereinen über die Elektra Birseck bis zur Siedlung Freidorf und späteren Wohnbaugenossenschaften.

Einen besonderen Beitrag hat die SP für den Ausbau der Bildungs- und Kulturpolitik im Baselbiet geleistet. Eine lange Reihe von SP-Bildungsdirektoren – lei-

der sass bisher noch nie eine Frau für unsere Partei in der kantonalen Exekutive – von Otto Kopp über Leo Lejeune, Paul Jenni, Peter Schmid bis zu Urs Wüthrich – hat seit Mitte des letzten Jahrhunderts den Ausbau des Schulwesens vorangetrieben, das Baselbiet zum Universitätskanton gemacht und der Kultur- und Sportförderung Impulse verliehen. Nicht vergessen – aber angesichts der zögerlichen Politik seiner NachfolgerInnen in der Wirkung leider verblasst – sind auch die Pionierjahre in der Umweltschutz- und Energiepolitik unter Regierungsrat Edi Belser.

Diese Geschichte ist kein Ruhekitzel, sondern Verpflichtung, Verpflichtung, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts innovativ anzugehen und uns von der sozialdemokratischen Gestaltungskraft der letzten 100 Jahre inspirieren und motivieren zu lassen.



**Ruedi Brassel**  
ist Historiker und Sekretär  
der SP Baselland

## ABSTIMMUNGEN BASEL-STADT

## Ja zur Wohnraumförderung



Die rot-grüne Regierung hat in der Wohnpolitik Farbe bekannt. Die Strategie «Logis Bâle» soll vom Wohnraumförderungsgesetz abgelöst werden.

Das neue Gesetz bietet zwei bedeutende Massnahmen, um der aktuellen Wohnungsnot in Basel sofort entgegenzutreten: Einerseits erhalten Wohnbaugenossenschaften wesentlich mehr finanzielle Mittel und werden konkret gefördert, andererseits wird das nachhaltige Bauen mittels verdichteter Bauweise als Grundsatz der Wohnraumförderung festgeschrieben. So werden der Erhalt und die Schaffung von vielfältigem und unterschiedlichen Ansprüchen dienendem Wohnraum gesichert.

Das neue Gesetz wird als Gegenvorschlag der Initiative des

Mieterinnen- und Mieterverbandes Basel «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle» entgegengestellt. Diese hat die richtige Stossrichtung, müsste jedoch bei Annahme einen jahrelangen Gesetzgebungsprozess durchlaufen. Das Wohnraumförderungsgesetz übernimmt zwar nur Teile des bestehenden Abbruchschutzes. Aufgrund der Wohnungsnot muss jedoch heute gehandelt werden.

Die SP und die JUSO mit den Genossenschaften haben mit ihren beiden hängigen Initiativen «Wohnen für alle» und der «Bodeninitiative» noch zwei Trümpfe in der Hand. Der Status quo ist die schlechteste Lösung, eine Abkehr vom Projekt «Logis Bâle» ist notwendig. Daher empfiehlt die SP Basel-Stadt 2x Ja, bei der Stichfrage ist dem Gegenvorschlag der Vorzug zu geben.

René Brigger, Grossrat SP BS

## Ja zu «Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!»



Wohnen ist existenzielle. Im Kanton Basel-Stadt leben über 80 Prozent aller BewohnerInnen in Mietwohnungen. Das Vergleichsverfahren vor der Schlichtungsstelle ist bereits kostenlos. Die Initiative «Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!» verlangt dies auch für die weiteren Verfahren vor den Gerichten betreffend Mietstreitigkeiten. Das Risiko von hohen Gebühren führt dazu, dass MieterInnen heute oft abgeschreckt werden, ein Gericht anzurufen, um ihre Interessen durchzusetzen. Stattdessen lassen sie sich zum Abschluss von unvorteilhaften Schlichtungsvergleichen drängen.

Es gibt bereits heute Vergünstigungen bei den Gerichtsgebühren. Diese können trotzdem teuer

sein, wenn der Streitwert – wie bei einer Kündigung oder einer Mietzinserhöhung – sehr hoch ist. Zudem sind die Berechnungen von Gerichtsgebühren so komplex, dass nicht voraussehbar ist, welche Kosten jeweils entstehen.

Die Befreiung von den Gerichtsgebühren wird nicht dazu führen, dass MieterInnen öfter ans Gericht gelangen, anstatt sich vor der Schlichtungsstelle zu einigen. Denn es besteht weiterhin das Risiko, die Anwaltskosten übernehmen zu müssen. Es soll aber bei wichtigen Fällen wie Kündigungen und Mietzinserhöhungen für eine Familie aus dem Mittelstand möglich sein, den Gerichtsweg zu beschreiten. Denn bei einer Kündigung ist eine Familie oft nicht mehr in der Lage, eine angemessene und bezahlbare Wohnung zu finden.

Tanja Soland, Grossrätin SP BS

AGENDA  
SP BASEL-STADT

Mittwoch, 28. August

**SG Stadtentwicklung und Verkehr**

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Donnerstag, 29. August

**Delegiertenversammlung**

Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Montag, 2. September

**Partei Vorstandssitzung SP BS**

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 3. September

**AHV – Wie weiter? Veranstaltung der SP Frauen BS & BL**

Bibliothek Liestal, 19 Uhr

Dienstag, 24. September

**Delegiertenversammlung**

Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Donnerstag, 26. September

**SG Migration**

SP-Sekretariat, Gewerkschaftshaus, 19.30 Uhr

## Stimmfreigabe zum «CentralParkBasel»



Mit dem «CentralPark-Basel» soll ein Frei- und Grünraum mit hoher Aufenthaltsqualität, neuen Fussverbindungen und einem Veloweg, neuen Perronzugängen, einer Randbebauung mit Wohn- und Gewerbenutzung auf Gundeldingerseite und einer besseren Anbindung des Gundeldingerquartiers an die Stadt geschaffen werden. Und davon haben wir insbesondere auf der Südseite des Bahnhofs nicht genug! Eine gute Idee muss eine Chance haben.

Sibylle Benz, Grossrätin SP BS



Die Überdeckung des Bahnhofs soll auf dem Grundeigentum der SBB erfolgen. Diese hat sich bereits mehrfach gegen das Projekt ausgesprochen, da diese Fläche für die zukünftig nötigen Netz- und Infrastrukturentwicklungen in der Nordwestschweiz verwendet werden muss. Selbst der Kanton hätte bei einer Annahme der Initiative rechtlich keine Möglichkeit, die Parkanlage zu realisieren, er kann die SBB nicht enteignen.

Dominique König, Grossrätin SP BS

## AUS DEM GROSSEN RAT

# Legislaturziele 2013-2017

Die Grossratsfraktion hat für die Amtsperiode 2013 bis 2017 Legislaturziele erarbeitet. Finanzpolitik, Wohnen, Verkehr, Energie und Umwelt, Gesundheit und Alter, Bildung und Integration, Freiheit und Sicherheit, Jugend und Kultur bilden die Schwerpunkte.

1. Auch wir wissen, dass alles staatliche Handeln mit den finanziellen Möglichkeiten steht und fällt. Deshalb sind wir an Erfolg versprechenden Voraussetzungen für die Wirtschaft interessiert. Bei uns besteht diese aus der Kapital- und der Arbeitsseite. Somit pflegen wir Life Science, Dienstleistung, Logistik und Technik als Standorttrümpfe, bemühen uns jedoch auch um gute Lebensbedingungen für die Beschäftigten in allen privaten und staatlichen Wirtschaftsbereichen.
2. Das Grundbedürfnis Wohnen wollen wir mit der Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus, auch in der genossenschaftlichen Form, speziell unterstützen. Den Mobilitäts-

- bedürfnissen wollen wir mit dem Ausbau des Velo- und Tramnetzes 2020 plus gerecht werden. Wir streben eine Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energie an. Dazu gehört die Liberalisierung der Installation von Photovoltaik auf Dächern. Wir setzen uns für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie ein.
3. Gesundheit im Alter stellt eine Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Deshalb verlangt die SP zum Beispiel Verbesserungen in der Ausbildung von HausärztInnen und Pflegenden.
  4. Ein wichtiges Anliegen der SP ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darum fordern wir ein umfassendes Betreuungsangebot. Weiter wollen wir die nichtakademische Berufsbildung stärken, verlangen eine verpflichtende Laufbahnplanung in den letzten drei obligatorischen Schuljahren. Wir fordern die Anerkennung von ausländischen Schulabschlüssen als Grundlage für die berufliche Aus- und Weiterbildung auf Ebene Bund und Kanton.

5. Die SP stellt sich, unaufgeregt, den Fragen um Sicherheit. Wir wollen der medial hochgespielten Situation begegnen: Wir streben, beispielsweise, mehr Uniformpolizei auf den Strassen an.
6. Die SP-Fraktion unterstützt verschiedene Kulturformen. Ob für jüngere oder ältere Generationen: Allen gemeinsam ist der Mangel an Räumlichkeiten für Vereine, Konzerte und Aufführungen sowie Ausstellungen. Hier ist der Kanton in der Pflicht, entsprechende Örtlichkeiten, die durch Sanierungen und Umnutzungen wegfallen, zu ersetzen und im Einzelfall auch neue anzubieten.



Stephan Luethi, Fraktionspräsident SP Basel-Stadt

## ABSTIMMUNG BASELLAND

# Ja zur Sanierung der Pensionskasse

Eine Reform der BLPK ist unumgänglich, weil die Bundesgesetzgebung die Ausfinanzierung verlangt. Sie ist aber auch nötig, damit Kanton und Gemeinden weiterhin verlässliche und attraktive Arbeitgeber bleiben können. Am 22. September wird über die Vorlage abgestimmt.

## Was wird neu?

Die BLPK wechselt vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat. Damit folgt das Baselbiet dem Beispiel des Bundes und der meisten anderen Kantone. Mit dem Beitragsprimat wird den Arbeitnehmenden das aus ihren Beiträgen entstandene und verzinst Guthaben zugeordnet, das dann in eine Jahresrente umgerechnet wird. Das ist transparenter und damit kann dem Bedürfnis nach mehr Flexibilität bei den Vorsorgeleistungen entsprochen werden.

Die Kasse, der neben dem Kanton auch viele Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Institutionen angehören, wird vollständig zu einer

Sammeleinrichtung ausgebaut, die den angeschlossenen Institutionen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Wahlmöglichkeiten anbieten kann.

## Ausgewogene Finanzierung

Sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmenden tragen zur Finanzierung bei. Letztere haben einige Kröten schlucken müssen. So wird das Pensionsalter von 64 auf 65 Jahre erhöht. Auch bei den vorzeitigen Pensionierungen muss das Personal Verschlechterungen in Kauf nehmen. Trotzdem haben die Personalverbände und auch der VPOD, die Gewerkschaft des Staatspersonals, die Ja-Parole zur Sanierung gefasst. Gleichwohl muss die öffentliche Hand als Arbeitgeber den grössten Anteil der Sanierung berappen. Der Landrat hat aber mit dem von ihm gewählten Finanzierungsmodell – einer Vollkapitalisierung mit einer Kapitalaufnahme auf dem Kapitalmarkt – die Finanzierungskosten gegenüber der Regierungsvorlage massiv senken können.

Diese Lösung kommt auch den Gemeinden und den anderen angeschlossenen Organisationen entscheidend entgegen, da diese von den günstigen Konditionen des Kantons profitieren können.

Die Sanierungsvorlage ist keine Luxuspriorität, sondern ein fairer,

solider Kompromiss, dem beide Sozialpartner zustimmen und die auch im Landrat eine grosse Mehrheit gefunden hat. Sie verdient auch an der Urne ein klares Ja.

Ruedi Brassel ist Landrat und Mitglied der Finanzkommission

## AGENDA SP BASELLAND

Mittwoch, 28. August, 20 Uhr  
**Sektionsübergreifende Versammlung zur Energiestrategie**  
mit Ruedi Rechsteiner, Grossrat,  
aus Basel. Restaurant Rössli,  
Hauptstrasse 24, Reinach

Dienstag, 3. September, 18.30 Uhr  
**AHV – wie weiter? Veranstaltung der SP Frauen BL und BS**  
Kantonsbibliothek Baselland, direkt  
beim Bahnhof, Liestal

Samstag, 7. September  
**125 Jahre SP Schweiz**  
Waisenhausplatz und progr, Bern

Freitag, 20. September, 18 Uhr  
**Brennpunkt 1:12**  
mit Cédric Wermuth, Christoph  
Buser und B. Bowald. Turnhalle,  
Niederdorf

Samstag, 21. September, 17 Uhr  
**Jubiläumsfest 100 Jahre SP BL**  
Coop Bildungszentrum, Muttenz

Sonntag, 22. September  
**Abstimmungssonntag**